

## Übersichtsplan

Bebauungsplan Nr.1  
der Gemeinde Bergewörden



## B e g r ü n d u n g

zum Bebauungsplan Nr. 1

der Gemeinde B e r g e w ö h r d e n

für das Gebiet "Wochenendhausgebiet Bergewöhrden an der Eider  
- Siem'sche Weide -"

### 1. Allgemeines

#### 1.1 Verhältnisse der Gemeinde

Die Gemeinde Bergewöhrden hat z. Zt. 35 Einwohner. Bergewöhrden grenzt im Norden an die Eider und im Südwesten an das Gebiet der Gemeinde Hennstedt. Hennstedt ist ländlicher Zentralort.

#### 1.2 Lage des Bebauungsplangebietes

Die Lage des Bebauungsplangebietes ist aus dem nachgehefteten Übersichtsplan zu ersehen. Das Gebiet liegt westlich von der Bebauung des Dorfes und unmittelbar östlich des Plangeltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 1 der Gemeinde Hennstedt - Erholungsgebiet an der Eider -.

#### 1.3 Topographie

Das ca. 3,9 ha große Eiderniederungsgelände ist fast eben. Das Deichvorland liegt auf einer Höhe von etwa NN + 0,76 m bis + 1,32 m. Es können Wasserstände in der Eider bis etwa NN + 1,00 m mit einem zusätzlichen Wellenauflauf auftreten. Das Plangebiet hinter dem Eiderdeich liegt auf einem Niveau von etwa NN - 0,08 m bis NN - 1,01 m.

#### 1.4 Eigentumsverhältnisse

Die gesamte Fläche im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich im Privateigentum, einschließlich der Deichflächen (ein Eigentümer). Lediglich im Gemeindeeigentum sind die Flächen der Gemeindestraße 68.

Bei den Bodenverkehrsgenehmigungen ist zur Auflage zu machen, daß sich die Verkäufer und Käufer von Baugelände den Festsetzungen des Bebauungsplanes unterwerfen.

#### 1.5 Notwendigkeit der Erschließung

Die Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes ist erforderlich geworden, um dem vorhandenen Bedarf an Baugrundstücken für Wochenendhäuser Rechnung zu tragen. Das vorgesehene Wochenendhausgebiet im Vordeichgelände schließt an eine entsprechende Nutzung des Vordeichgeländes in der Nachbargemeinde Hennstedt (Zeltplatz und Wochenendhausgebiet) an und rundet dieses innerhalb der natürlichen Begrenzung des Vordeichgeländes ab.

### 2. Maßnahmen für die Ordnung des Grund und Bodens

Die Flurstücke im Plangeltungsbereich sind noch nicht bebaut. Soweit sich das zu bebauende und herzurichtende Gelände im privaten Eigentum befindet und die jetzigen Grundstücksgrenzen eine Bebauung und Herrichtung nach dem vorliegenden Bebauungsplan nicht erlauben, müssen bodenordnende Maßnahmen gem. §§ 45 ff. BBauG, bei Grenzregelungen das Verfahren nach §§ 80 ff. BBauG sowie bei Inanspruchnahme privater Flächen für öffentliche Zwecke das Verfahren nach §§ 85 ff. BBauG vorgesehen werden.

Die vorgenannten Maßnahmen und Verfahren sollen jedoch nur dann durchgeführt werden, wenn die geplanten Vorhaben nicht oder nicht zu tragbaren Bedingungen im Wege freier Vereinbarungen durchgeführt werden können.

Die Straßen-, öffentlichen Parkplatz- und Grünflächenparzellen gehen nach dem Ausbau bzw. nach der Herrichtung in das Eigentum der Gemeinde über.

### 3. Versorgungseinrichtungen

#### 3.1 Elektrischer Strom

Die Versorgung der Gebäude mit elektrischer Energie erfolgt durch die Schlesweg. Die Energiezuführung bis zu einer Umspannstation am Plangeltungsbereich erfolgt über eine 20 kV-Freileitung. Die Zuführung (Niederspannung) im Plangebiet erfolgt durch Erdkabel.

Die Straßen und Wege werden ausreichend beleuchtet.

### 3.2 Wasser

Die Wasserversorgung erfolgt zentral durch den Wasserbeschaffungsverband Norderdithmarschen.

### 3.3 Feuerlöscheinrichtungen

Das in den Straßen zu verlegende Wasserleitungsnetz erhält in den vorgeschriebenen Abständen Unterflurhydranten, die für Löschzwecke zu nutzen sind.

## 4. Abwasser

Das Schmutzwasser aus dem Plangeltungsbereich wird mit Rücksicht auf die Reinhaltung der Gewässer über Kanalisationsleitungen einer Belebungsanlage zur mechanisch-vollbiologischen Reinigung zugeführt. Diese Anlage ist entsprechend im nördlichen Teil des Plangeltungsbereiches in der Planzeichnung festgesetzt worden. Eine ausreichende Reinigung des Schmutzwassers ist aufgrund des stoßweisen Anfalls aus dem Wochenendhausgebiet unter Umständen nicht befriedigend gegeben. In Anbetracht der kurzen Zulaufstrecke zur Eider wird zur weiteren Herabsetzung der Keimzahlen und zur Nachklärung des Abwassers ein Nachklärteich von mindestens 400 m<sup>2</sup> Oberfläche als letzte Klärstufe auf der Fläche zur Beseitigung von Abwasser - Kläranlage - geschaffen.

Das mechanisch-vollbiologisch geklärte Abwasser und das anfallende Oberflächenwasser aus dem Plangeltungsbereich wird zusammen in die Eider geleitet. Die Eider ist Bundeswasserstraße.

Die Planung und Ausführung der erforderlichen Maßnahmen zur Einleitung des Oberflächen- und geklärten Abwassers hat im Einvernehmen mit den Fachbehörden, dem Eiderverband in Rendsburg, dem Amt für Land- und Wasserwirtschaft in Heide, dem Wasser- und Schifffahrtsamt in Tönning und der Wasserbehörde des Kreises Dithmarschen in Heide zu erfolgen.

Vor dem Beginn der Erschließungsarbeiten wird seitens der Gemeinde ein Antrag auf Erlaubnis zur Einleitung des anfallenden Oberflächen- und geklärten Abwassers in die Eider beim Amt für Land- und Wasserwirtschaft in Heide gestellt. Diesem Antrag werden entsprechend aufgestellte hydraulische Nachweise und ggfs. auch weitere Unterlagen über erforderliche Maßnahmen beigelegt.

Die Einleitung des anfallenden Oberflächenwassers und des geklärten Schmutzwassers aus dem Plangeltungsbereich in die Eider bedarf noch zusätzlich einer strom- und schiffahrtspolizeilichen Genehmigung gem. § 31 Bundeswasserstraßengesetz. Ebenfalls vor dem Beginn der Erschließungsarbeiten wird seitens der Gemeinde eine entsprechende Erlaubnis beim Wasser- und Schiffsamt in Tönning beantragt.

Das vorhandene Gelände der Fläche für die Beseitigung von Abwasser - Kläranlage - liegt im Vorland zwischen der Uferlinie der Eider und dem Eiderdeich auf einer Höhe um NN + 0,80 m. Aus Gründen des Hochwasserschutzes wird vor der Herstellung der Anlage die Fläche aufgeschüttet auf die hochwasserfreie Höhe von mindestens NN + 1,25 m.

##### 5. Müllbeseitigung

Die Müllbeseitigung erfolgt in geschlossenen Gefäßen über die zentrale Müllabfuhr. Die Müllbeseitigung ist durch die Satzung über die Abfallbeseitigung im Kreise Dithmarschen geregelt. Die Mülltonnen dürfen nur in Mülltonnenschränken bzw. in entsprechenden Boxen abgestellt werden. Am Wendeplatz am Ende der Stichstraße A ist aufgrund der fußläufigen Erschließung einer Reihe von Baugrundstücken eine Fläche für die Beseitigung von festen Abfallstoffen - Mülltonnenstandplatz - festgesetzt worden. Die Wochenendhausbewohner erhalten hier für ihre Mülltonnen zusätzlich einen Standplatz in einem Mülltonnenschrank.

## 6. Straßenerschließung

Die Gemeindestraße 68 verläuft von der Kreisstraße 51 auf dem Gebiet der Gemeinde Hennstedt - Ortsteil Horst- über das Gemeindegebiet Bergewörden bis zur Kreisstraße 48 im Bereich der Ortslage der Gemeinde Delve. Von dieser Haupterschließungsstraße, die auch als Erschließungsstraße für das angrenzende Vordeichgelände (Zeltplatz und Wochenendhausgebiet) auf dem Gemeindegebiet Hennstedt dient, ist die Straße A als Erschließungsstraße ins Vordeichgelände geplant. Für den hierbei erforderlich werdenden Deicheinschnitt wird vor Baubeginn seitens der Gemeinde eine entsprechende Genehmigung beim staatlichen Deichinspektor - Eiderverband Rendsburg - beantragt. Diesem Antrag werden detaillierte Pläne, erforderliche Nachweise und ggf. auch weitere Unterlagen über erforderliche Maßnahmen beigelegt.

Für insgesamt 9 Wochenendhausgrundstücke erfolgt die Erschließung über einen Weg (Wohnweg) - § 1 Abs. 2 Nr. 1 BauDVO -. Der Weg im südlichen Teil des Plangeltungsbereiches ist gleichzeitig als Notzufahrt nur bei Unglücks- und Katastrophenfällen festgesetzt worden. An der Grenze des Plangeltungsbereiches stößt dieser Weg an den Wendepunkt der Hapterschließungsstraße A im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 1, Erholungsgebiet an der Eider, der Gemeinde Hennstedt. Hiermit erhält dieser große Plangeltungsbereich eine Notzufahrt. Weitere Fußwegverbindungen können auf dem Deich und am Eiderufer im Bereich der Grünfläche - Parkanlage - angelegt werden.

Die zulässige Geschwindigkeit für Fahrzeuge innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des B-Planes ist aufgrund der Gesamtsituation für die Straße A mit max. 30 km/h und für die Gemeindestraße 68 mit max. 50 km/h bei der Planaufstellung angenommen worden.

Im Hinblick auf den Anschluß der Straße A im Bereich des Deicheinschnittes an die Gemeindestraße 68 ist bei der Planung dieses B-Plangebietes die Gemeindestraße 68 als übergeordnete Straße angesehen worden. Eine entsprechende Verkehrsregelung durch Verkehrszeichen (Stop-Schild usw.) sollte an diesem Straßenknotenpunkt zur Durchführung kommen.

#### 7. Öffentliche Parkflächen, Flächen für Gemeinschaftsgaragen

Es ist vorgesehen, Immissionen vom Wochenendhausgebiet im Deichvorland fernzuhalten. Aus diesem Grunde sind an der Gemeindestraße 68 die öffentlichen Parkflächen und eine Fläche für Gemeinschaftsgaragen (GGa) festgesetzt worden. Im Text - Teil B - des B-Planes sind hierzu weitere Festsetzungen gemacht worden. Seitens der Gemeinde ist weiterhin aus dem gleichen Grunde geplant, die Nutzung der Straße A sowie der öffentlichen Parkplätze am Wendeplatz dieser Straße durch Verkehrszeichen einzuschränken.

#### 8. Uferschutzstreifen, Deiche

Der Uferschutzstreifen an der Eider ist nachrichtlich in der Planzeichnung - Teil A - des Bebauungsplanes übernommen worden. Veränderungen in diesem Schutzstreifen dürfen nur im Rahmen von Unterhaltungsarbeiten des Bundes durchgeführt werden. Die vorhandene Einfriedigung darf nicht entfernt oder beschädigt werden. Die Errichtung, die Veränderung oder der Betrieb von Anlagen in, über oder unter der Bundeswasserstraße Eider oder an ihrem Ufer (z. B. Bootsteganlagen) bedürfen einer strom- und schiffahrtspolizeilichen Genehmigung des Wasser- und Schiffsamtes Tönning, wenn durch die beabsichtigte Maßnahme eine Beeinträchtigung des für die Schifffahrt erforderlichen Zustandes der Bundeswasserstraße oder der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu erwarten ist.

Der Eiderdeich ist eine Verbandsanlage des Eiderverbandes. Für die Benutzung des Deiches gilt die Landesverordnung über den Schutz der Deiche und Küsten (DKVO) vom 19.12.1980 (GVObI. Schl.-H. Nr. 1/1981). Danach ist die Genehmigung durch den Landrat als Deichbehörde erforderlich.

#### 9. Grünfläche - Spielplatz -

Auf der festgesetzten Grünfläche - Spielplatz - (hinter dem Eiderdeich) soll auf einem Teil der Fläche auch ein Bolzplatz für Jugendliche über 12 Jahre hergerichtet werden.



10. Kosten

Die Erschließungskosten für den gesamten Plangeltungsbereich werden derzeit auf ca. 500.000,-- DM geschätzt. Der der Gemeinde aus diesen Maßnahmen entstehende Kostenanteil für die Erschließung beträgt 10 % nach § 129 (1) BBauG, mithin derzeit ca. 40.000,-- DM. Den Erschließungskostenanteil beabsichtigt die Gemeinde Bergewöhrden aus Eigenmitteln - Rücklagen - zu finanzieren.

Bergewöhrden, den 6. Dez. 1982



Gemeinde Bergewöhrden

- Bürgermeister -

zum Bebauungsplan Nr. 1 der Gemeinde Bergewörden

Gemarkung	Flur	Flurstück	Eigentümer
Bergewörden	1	2/3	S i e m , <u>Rolf</u> Uwe
		2/4	- " -
		3/2	- " -
		3/3	- " -
		4/1	- " -
		69	Th o m s e n , Magdalene, geb. Detlefs und <u>Miteigentümer</u> :
			R o h w e d d e r , Walter Rudolf,
			H o l l m e r , Frieda , geb. Block
			M o m m e n s , Hans Peter
			S c h l ü t e r , Margaretha, geb. Block
			S i e m , Hans Karsten
			E l l h ö f t , Johann
			S i e m , Anni, geb. Ellhöft
			R o h w e r , Herta, geb. Ellhöft
			B e r n d t , Wilhelm
		70/1	Nicht ermittelte Eigentümer
		113	
		115/1	- " -
		119/1	- " -

Die Richtigkeit bescheinigt :  
Katasteramt Meldorf,  
den 27.10.1981

*Sorley*

Reg. Verm. Direktor



1. Ausfertigung  
Gebühren : 14,- DM  
Az.: (1)828/81





DER LANDRAT  
DES KREISES DITHMARSCHEN

Untere Bauaufsichtsbehörde

Kreis Dithmarschen · Postfach 1620 · 2240 Heide

Amt Kirchspielslandgemeinde  
Hennstedt  
Der Amtsvorsteher

2246 Hennstedt

Ihre Zeichen und Nachricht vom

Mein Zeichen  
601.622.60/008

Durchwahl-Nr.  
(0481) 97 418

Heide  
28.12.1982

Betreff

Bebauungsplan Nr. 1 der Gemeinde Bergewöhrden

Bezug: 1. Meine Verfügung vom 03.05.1982  
2. Bericht vom 06.12.1982

Anlagen - 2 -

Hiermit bestätige ich den Eingang der berichtigten 3. Ausfertigung des Bebauungsplanes Nr. 1 der Gemeinde Bergewöhrden und die Erfüllung der Auflagen und Hinweise meiner Genehmigungsverfügung vom 03.05.1982. Die seinerzeit hierbehaltene zweite Planausfertigung füge ich als Anlage bei mit der Bitte, auch diese gemäß den Auflagen und Hinweisen zu ändern bzw. zu ergänzen. Ferner füge ich die mir vorgelegte 3. Ausfertigung des o. a. Bebauungsplanes wieder bei mit der Bitte, auch diese Ausfertigung nach erfolgter Bekanntmachung gemäß § 12 BBauG durch den Herrn Bürgermeister der Gemeinde Bergewöhrden ausfertigen zu lassen.

Die Bekanntmachung der Genehmigung sowie von Ort und Zeit der Auslegung gemäß § 12 BBauG bitte ich nunmehr zu veranlassen. Ich weise darauf hin, daß in der Bekanntmachung gemäß § 12 BBauG Hinweise entsprechend § 44 c Abs. 3 und § 155 a Abs. 4 BBauG aufzunehmen sind.

Den Tag der abgeschlossenen Bekanntmachung (Veröffentlichung in einer Tageszeitung, einem Bekanntmachungsblatt oder Ablauf des letzten Tages der Aushangfrist an der Bekanntmachungstafel) bitte ich mir unter Beifügung eines Abdruckes der Ver-

Dienstgebäude  
Heide  
Stettiner Straße 30

Besuchszeiten (Kassenstunden)  
Montag bis Freitag  
8.00 Uhr bis 12.00 Uhr

Fernsprecher  
(Vermittlung)  
(0481) 971

Telex  
028830  
028830 Lrheid

Konten der Kreiskasse  
Dithmarscher Kommunalbank  
Kto.-Nr. 52000005 BLZ 218 50000  
Verbandssparkasse Meldorf  
Kto.-Nr. 100222 Bl.Z 218 518 30  
Postscheckamt Hamburg  
Kto.-Nr. 9559-207 BLZ 20010020

Öffentlichung (bei Aushang an der Bekanntmachungstafel mit Datum der Abnahme) mitzuteilen. Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG soll erst nach abgeschlossener Bekanntmachung erfolgen. Danach sind alle Exemplare des Bebauungsplanes auszufertigen.

Alsdann bitte ich, mir die für mich bestimmte 2. und 4. Ausfertigung der Planunterlagen zusammen mit je einer Bekanntmachung der Genehmigung und Auslegung zurückzusenden. Die 3. Ausfertigung mit sämtlichen Unterlagen ist dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig-Holstein auf dem Dienstweg zu übersenden.

Im Auftrage:



(Kandt)

Ltd. Kreisbaudirektor



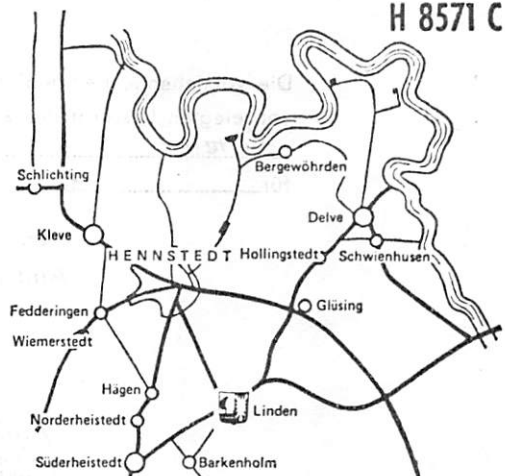
# Informationsdienst

## für das Amt Kirchspielslandgemeinde Hennstedt

Der Informationsdienst erscheint wöchentlich, jeweils Freitag.  
Abonnementbestellungen sind an den Verlag bzw. dessen Beauftragten zu richten.  
Bezugsgebühr einschl. Trägerlohn vierteljährlich DM 3,60. Einzelstücke können bei der  
Amtverwaltung bestellt werden, Einzelpreis DM 0,30.

Amtliche Bekanntmachungen der Kommunalverwaltung. Verantwortlich für den übrigen Teil:  
Rolf Wittich. Herausgeber, Druck und Verlag: VERLAG + DRUCK Linus Wittich KG, Königstraße 42,  
3205 Bockenem - Postfach 430 - Telefon 0 50 67/33 22.

Für Anzeigenveröffentlichungen und Fremdbeilagen gelten unsere allgemeinen Geschäftsbedingungen  
und unsere z.Zt. gültige Anzeigenpreisliste. Für nicht gelieferte Zeitungen infolge höherer Gewalt oder anderer Ereignisse kann nur Ersatz des Betrages für ein  
Einzel Exemplar gefordert werden. Weitergehende Ansprüche insbesondere aus Schadenersatz sind ausdrücklich ausgeschlossen.



Jahrgang 13

Freitag, den 4. März 1983

Nummer 9

### Amtliche Bekanntmachungen und Mitteilungen aus den Gemeinden

#### Barkenholm

#### HAUSHALTSSATZUNG DER GEMEINDE BAR- KENHOLM FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 1983

Aufgrund der §§ 77 ff der Gemeindeordnung für Schleswig-  
Holstein wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindever-  
tretung vom 26.11.82 folgende Haushaltssatzung erlassen:

##### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1983 wird  
im Verwaltungshaushalt in der Einnahme auf 134.800,-DM  
in der Ausgabe auf 134.800,-DM  
und im Vermögenshaus-  
halt in der Einnahme auf 21.400,-DM  
in der Ausgabe auf 21.400,-DM  
festgesetzt.

##### § 2

Es werden festgesetzt:  
1. Der Gesamtbetrag der Kredite auf --- DM  
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermäch-  
tigungen auf --- DM  
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf --- DM

##### § 3

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Gemeindesteuern, die für  
jedes Haushaltsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt  
festgesetzt:

1. Grundsteuer
  - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe  
(Grundsteuer A) 200 v.H.
  - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 200 v.H.
2. Gewerbesteuer 280 v.H.

Barkenholm, 25.2.1983  
Eggers  
Bürgermeister

Die vorstehende Haushaltssatzung der Gemeinde Barkenholm  
für das Haushaltsjahr 1983 wird hiermit öffentlich bekanntge-  
geben. Der Haushaltsplan liegt gem. § 79 Abs.3 der Gemeinde-  
ordnung zur Einsichtnahme vom 7.3.83 bis zum 15.3.83 im  
Hause des Bürgermeisters öffentlich aus.

2246 Hennstedt, den 4.3.1983  
Amt Kirchspielslandgemeinde Henn-  
stedt  
Der Amtsvorsteher  
Gosau

Veröffentlicht im Informationsdienst für das Amt Kirchspiels-  
landgemeinde Hennstedt am Freitag, dem 4.3.1983. Nr. 9  
Der Amtsvorsteher

### Bergewöhrden

#### GEMEINDE BERGEWÖHRDEN

#### BEKANNTMACHUNG

BETR.: GENEHMIGUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR.1  
DER GEMEINDE BERGEWÖHRDEN FÜR DAS GEBIET  
"WOCHENENDHAUSGEBIET BERGEWÖHRDEN AN DER  
EIDER - SIEMSCHE WEIDE"

Der von der Gemeindeversammlung in der Sitzung am 25.  
Mai 1981 beschlossene Bebauungsplan Nr. 1 der Gemeinde  
Bergewöhrden für das Wochenendhausgebiet an der Eider-  
Siemsche Weide, bestehend aus der Planzeichnung - Teil A -  
und dem Text - Teil B - , ist mit Verfügung des Landrats des  
Kreises Dithmarschen vom 3.5.1982 - AZ. 601.622.60/008 -  
mit Auflagen und Hinweisen nach § 11 in Verbindung mit  
§ 6 Abs. 2-4 des Bundesbaugesetzes 1976/1979 genehmigt.  
Die Erfüllung der Auflagen und die Berücksichtigung der Hin-  
weise wurde mit Verfügung des Landrats des Kreises Dithmar-  
schen vom 28.12.1982 - AZ. 601.622.60/008 - bestätigt.

Die Genehmigung wird hiermit bekanntgemacht. Der Bebau-  
ungsplan wird mit Beginn des 5. März 1983 rechtsverbindlich.  
Jedermann kann den genehmigten Bebauungsplan und die  
Begründung dazu ab diesem Tag in der Amtsverwaltung Henn-  
stedt in Hennstedt, Kirchspielschreiber-Schmidt-Straße 1  
Zimmer 8, während der Dienststunden einsehen und über den  
Inhalt Auskunft erhalten.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des  
Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung des Bebauungsplanes,  
mit Ausnahme der Vorschriften über die Genehmigung und die  
Bekanntmachung, ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich  
innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung gegenüber  
der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt  
der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen (§ 155 a  
BBauG 1976/1979).

Auf die Vorschriften des § 44 c Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2  
des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung  
vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256) über die fristgemäße Gel-  
tendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe  
in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan  
und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird  
hingewiesen.

Hennstedt, den 25.2.1983  
Amt Kirchspielslandgemeinde  
Hennstedt  
Der Amtsvorsteher  
i.A. Trettin

Veröffentlicht im Informationsdienst für das Amt Kirchspiels-  
landgemeinde Hennstedt am 4.3.1983

Der Amtsvorsteher

Beglaubigung unsertig

- Seite 1 -

VCm

4.3.23

...überein.

31.5.1983

### Der Amtsvorsteher

5.74







DER LANDRAT  
DES KREISES DITHMARSCHEN

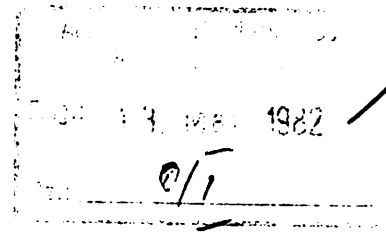
Rechts- und Kommunalaufsichtsamt

Kreis Dithmarschen · Postfach 1620 · 2240 Heide

Gegen Empfangsbekanntnis

Amt  
Kirchspielslandgemeinde Hennstedt  
- Der Amtsvorsteher -

2247 Hennstedt



Ihre Zeichen und Nachricht vom

Mein Zeichen  
601.622.60/008

Durchwahl-Nr.  
(0481) 97 418

Heide  
03.05.1982

Betreff

Genehmigung des Bebauungsplanes Nr. 1 der Gemeinde Bergewöhrden

Anlg.: 1 Planausfertigung  
3 Vorfahrensakten

Der von der Gemeindeversammlung der Gemeinde Bergewöhrden am 25.05.1981 als Satzung beschlossene Bebauungsplan Nr. 1 für das Gebiet "Wochenendhausgebiet Bergewöhrden an der Eider - Siemsche Weide" (bestehend aus der Planzeichnung - Teil A - und dem Text - Teil B -) wird hiermit gem. § 11 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), geändert durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949)

g e n e h m i g t .

Die Genehmigung erfolgt unter den nachstehenden Auflagen und mit den folgenden Hinweisen:

Auflagen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt im Vorland zwischen der Uferlinie der Eider und dem Eiderdeich. Nach der Stellungnahme des Amtes für Land- und Wasserwirtschaft vom 23.02.1981 können im Eidervorland Wasserstände um + 1,0 m NN mit einem zusätzlichen Wellenauflauf auftreten. Aus Gründen des Hochwasserschutzes ist eine Bebauung der festgesetzten Baugrundstücke einschließlich der

- 2 -

Herstellung der Kläranlage auf der festgesetzten Fläche für die Beseitigung von Abwasser nur auf einer hochwasserfreien Höhenlage zulässig. Ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen.

2. Nach der Stellungnahme des Eiderverbandes vom 24.07.1974 wird das Gebiet im Bereich des Bebauungsplanes hinter dem Deich durch ein Schöpfwerk künstlich entwässert. Der Eiderverband ist daher zu der bei einem Ausfall des Schöpfwerkes evtl. auftretenden Überflutungsgefahr der festgesetzten Flächen für Gemeinschaftsgaragen (GGa) - Flur 1, Flurstück 4/1 - zu hören. Bei einer Überflutungsgefahr wären im Bebauungsplan die erforderlichen, vom Eiderverband noch zu nennenden Maßnahmen festzusetzen.

Hinweise:

1. Der Bebauungsplan grenzt im Nordwesten unmittelbar an die Bundeswasserstraße Eider. Die Ausführungen des Wasser- und Schiffsamtes Tönning vom 19.02.1981 zum Uferschutzstreifen an der Eider sind in der Ziffer 8 der Begründung noch vollinhaltlich aufzunehmen.

Die Einleitung des anfallenden Oberflächenwassers und des geklärten Schmutzwassers in die Eider bedarf noch zusätzlich einer strom- und schiffahrtspolizeilichen Genehmigung nach § 31 Bundeswasserstraßengesetz. Die Ziffer 4 der Begründung ist noch entsprechend der vorgenannten Stellungnahme zu ergänzen.

2. Nach den Stellungnahmen des Amtes für Land- und Wasserwirtschaft sowie des Eiderverbandes sind die Eiderdeiche Verbandsanlagen des Eiderverbandes. Für die Benutzung des Deiches ist die Landesverordnung vom 19.12.1980 zu beachten. In der Begründung ist hierauf noch besonders hinzuweisen.
3. In der Begründung, Ziffer 1.3, sind noch nähere Angaben über die Geländehöhen im Vorland und hinter dem Eiderdeich sowie über die maximalen Wasserstände festzuhalten.
4. Die Schleswig hat in ihrer Stellungnahme vom 21.01.1981 nähere Ausführungen zur Versorgung des Bebauungsplangebietes mit elektrischer Energie gemacht. Die Begründung, Ziffer 3.1, ist noch entsprechend dieser Stellungnahme zu berichtigen bzw. zu ergänzen.
5. Die Begründung ist gleichfalls mit einem Siegelabdruck zu versehen.
6. Plangenehmigungsbehörde ist der Landrat des Kreises Dithmarschen. Die entsprechenden Arbeitsvermerke sind noch abzuändern.
7. Die Präambel der Satzung ist insoweit zu ändern, daß als beschlußfassendes Organ nicht die Gemeindevertretung, sondern die Gemeindeversammlung angegeben wird. Bei der Gemeindegröße der Gemeinde Bergedorf findet § 73 Gemeindeordnung Anwendung. Gleichfalls sind die Arbeitsvermerke auf der Planzeichnung zu ändern.
8. Auf dem während der öffentlichen Auslegung gem. § 2 a Abs. 6 BBauG ausgelegten Exemplar des Bebauungsplanes ist noch zu bescheinigen, daß dieses Exemplar in den entsprechenden Zeiträumen zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt hat. Das Exemplar ist dann zu den Verfahrensakten zu nehmen.

9. Ich bitte, künftig zu beachten, daß gem. Ziffer 4.2 des Runderlasses des Herrn Innenminister des Landes Schleswig-Holstein vom 21.12.1981 der Bebauungsplan mit Begründung in dreifacher Ausfertigung zur Genehmigung vorzulegen ist und nicht - wie in diesem Fall erfolgt - nur in zweifacher Ausfertigung.

Die hiernach erforderliche Aufhebung bestehender oder die Aufnahme neuer Festsetzungen ist von der Gemeindeversammlung in der durch § 10 BBauG bestimmten Form (Satzung) zu beschließen. Der entsprechende Beschluß ist bei der im Plan und Text vorgenommenen Änderung anzugeben. Für die Änderung der Begründung ist ein einfacher Beschluß der Vertretungskörperschaft erforderlich.

Die gesamten Vorgänge sind - mit Ausnahme der von mir zunächst noch zurückbehaltenen Zweitausfertigung der Planunterlagen - in der Anlage wieder beigelegt. Nach Erfüllung der Auflagen ist mir die Drittausfertigung der berichtigten Planunterlagen unter Beifügung einer beglaubigten Abschrift des Beschlusses der Gemeindevertretung über die Änderung der Satzung gem. § 10 BBauG zurückzusenden.

Die Ausfertigung der Bebauungsplansatzung und die Bekanntmachung der Genehmigung sowie von Ort und Zeit der Auslegung gem. § 12 BBauG darf erst vorgenommen werden, wenn die Erfüllung der Auflagen von mir unter Beifügung der zurückbehaltenen Zweitausfertigung und der übersandten Drittausfertigung bestätigt worden ist. In der Bekanntmachung gem. § 12 BBauG ist auch die Gebietsbezeichnung des Bebauungsplanes anzugeben. Außerdem sind in die Bekanntmachung Hinweise gem. § 44 c Abs. 3 und § 153 a Abs. 4 BBauG aufzunehmen. Ich verweise insoweit auch auf Ziffer 7.10.2 des Runderlasses des Herrn Innenminister des Landes Schleswig-Holstein vom 21.12.1981 (Amtsbl. Schl.-Host. 1982 S. 22).

Der Tag der abgeschlossenen Bekanntmachung gem. § 12 BBauG (Veröffentlichung in einer Tageszeitung, Bekanntmachungsblatt oder Ablauf des letzten Tages der Auslegungsfrist an der Bekanntmachungstafel) ist mir unter Beifügung eines Abdruckes der Veröffentlichung mit Datum der Abnahme mitzuteilen. Die öffentliche Auslegung gem. § 12 BBauG hat spätestens mit Wirksamwerden der Bekanntmachung zu erfolgen. Letzter Termin für den Beginn der Auslegung auf Dauer ist somit der Tag der Bewirkung der Bekanntmachung (vergl. § 6 der Bekanntmachungsverordnung vom 12.06.1979 - GVOBl. Schl.-H. S. 373 - und Ziff. 7.10 des Runderlasses des Herrn Innenminister des Landes Schleswig-Holstein vom 21.12.1981 (Amtsbl. Schl.-H. 1982 S. 22)). Mit Beginn dieses Tages tritt gleichzeitig der Bebauungsplan in Kraft.



Rechtsmittelbelehrung:

Gegen die mit dieser Entscheidung verbundenen Auflagen kann die Gemeinde Berge-  
wörden innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch beim Landrat des Krei-  
ses Dithmarschen, 2240 Heide, erheben. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur  
Niederschrift bei mir einzulegen.



( B u h s e )